

## **Militärstaat oder Sozialstaat?**

**Die Milliarden für Aufrüstung stehen auch in Herne, in Konkurrenz zu den dringend benötigten Investitionen in Bildung, Wohnen und sozialer Sicherheit**

*Von Norbert Arndt*

Während für Aufrüstung und militärische Großprojekte immer neue Milliarden bereitgestellt werden, geraten Rente, Pflege, Bildung, Wohnen und öffentliche Infrastruktur zunehmend unter Druck. Die Bundesregierung spricht von Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit. Doch ist zu fragen, warum für Panzer, Raketen und Drohnen scheinbar unbegrenzt Geld vorhanden ist, während an anderer Stelle gespart werden soll. Die Frage „Aufrüstung oder Sozialstaat?“ wird damit zur zentralen politischen und sozialen Auseinandersetzung unserer Zeit.

### **Bedrohungslage: NATO ist Russland militärisch überlegen**

Befürworter der Aufrüstung begründen diese Entwicklung mit einer angeblich dramatisch gewachsenen Bedrohungslage. Doch selbst aktuelle Untersuchungen kommen zu anderen Ergebnissen. Eine erst kürzlich von Greenpeace veröffentlichte Studie zeigt, dass die europäischen NATO-Staaten Russland bereits heute in nahezu allen wichtigen militärischen Bereichen deutlich überlegen sind. Das gemeinsame Militärbudget Europas und Kanadas liegt demnach etwa dreimal so hoch wie das der Russischen Föderation. Auch bei Kampfflugzeugen, Kriegsschiffen und Artilleriesystemen verfügt Europa über erhebliche Überkapazitäten.

### **Weichen für Hochrüstung wurden vor dem Ukraine-Krieg gestellt**

Noch immer wird der Eindruck erweckt, die gigantischen Aufrüstungspakete seien eine spontane Antwort auf den Krieg in der Ukraine gewesen. Tatsächlich deutet vieles darauf hin, dass die entscheidenden Weichen bereits lange vorher gestellt wurden. Neue Kampfjets, bewaffnete Drohnen und weitere milliarden schwere Beschaffungsprogramme standen schon auf der politischen Agenda, als von einer russischen Invasion noch keine Rede war. Der Krieg wurde zum Auslöser, nicht aber zur eigentlichen Ursache der Aufrüstung. Die sogenannte „Zeitenwende“ war daher weniger eine Überraschung als die konsequente Fortsetzung eines Kurses, der bereits Jahre zuvor begonnen hatte. Vor diesem Hintergrund stellt sich umso mehr die Frage, warum immer neue Milliarden für militärische Zwecke bereitgestellt werden, obwohl Europa bereits heute über eine erhebliche militärische Überlegenheit verfügt.

### **Die sozialen Folgen dieser Politik ...**

Besonders problematisch sind die sozialen Folgen dieser Politik. Jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden. Während für militärische Projekte die Schuldenbremse gelockert wurde, wird gleichzeitig über Einschnitte bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, über Rentenkürzungen, über Einschränkungen im Bürgergeld, über Verschlechterungen bei der Pflege und über den Abbau sozialer Leistungen diskutiert. Krankenhäuser arbeiten am Limit, viele Schulen sind sanierungsbedürftig, Brücken verfallen und die Deutsche Bahn befindet sich in einem beklagenswerten Zustand. Dennoch scheint für militärische Ausgaben immer ausreichend Geld vorhanden zu sein.

### **... spüren wir auch in Herne**

Die Folgen einer Politik falscher Prioritäten lassen sich auch in Herne unmittelbar beobachten. Unsere Stadt gehört seit Jahren zu den sozial besonders belasteten Kommunen



Nordrhein-Westfalens. Mehr als 10.000 Menschen sind arbeitslos, darunter über 4.000 Langzeitarbeitslose, oft mit multiplen Vermittlungshemmnissen. Viele von ihnen beziehen Leistungen der Grundsicherung. Auch die Jugendarbeitslosigkeit liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Jahr für Jahr verlassen junge Menschen die Schule, ohne unmittelbar einen Ausbildungsplatz oder eine tragfähige berufliche Perspektive zu finden. Daran hat sich trotz „Bündnis für Arbeit“, strukturell in den vergangenen Jahren nichts geändert. Besonders deutlich werden die sozialen Herausforderungen beim Blick auf Armut und Kinderarmut. Fast jedes dritte Kind in Herne wächst unter Armutsbedingungen auf. Tausende Familien sind auf staatliche Unterstützung angewiesen. Rund 5.500 Haushalte beziehen Wohngeld. Hinzu kommen zahlreiche Beschäftigte im Niedriglohnsektor, deren Einkommen mit den Preissteigerungen der vergangenen Jahre nicht Schritt gehalten haben. Die reale Kaufkraft vieler Herner Arbeitnehmer, Rentner und Familien ist bereits spürbar gesunken.

### **Herner Parteien und Abgeordnete? – Ein ohrenbetäubendes Schweigen!**

Herne ist zudem eine klassische Mieterstadt. Fast die Hälfte des Wohnungsbestandes stammt aus der Zeit vor 1948. Steigende Wohnkosten, hohe Energiekosten und die Herausforderungen der energetischen Sanierung setzen viele heimische Haushalte zusätzlich unter Druck. Gleichzeitig reichen die Investitionen in Schulen, Kindertagesstätten, sozialen Einrichtungen, bei Pflegeangeboten und in die kommunale Infrastruktur nicht aus. Wer durch unsere Stadt und Stadtteile geht, sieht die Probleme mit eigenen Augen. Hier wird sichtbar, dass die Frage „Aufrüstung oder Sozialstaat?“ keine abgehobene Debatte im fernen Berlin ist. Sie entscheidet ganz konkret darüber, welche finanziellen Spielräume Kommunen wie Herne künftig noch bleiben. Es ist ebenso auffällig wie erstaunlich das nahezu alle Herner Parteien und ihre Abgeordneten diesen Zustand ohrenbetäubend beschweigen und den Bürgerinnen und Bürgern nicht erläutern, warum für immer neue Waffensysteme Milliarden bereitstehen, während Städte wie Herne finanziell am Stock gehen.

### **Rüstungsindustrie schafft keine soziale Sicherheit**

Hinzu kommt, dass Investitionen in Bildung, Gesundheit, Pflege, sozialen Wohnungsbau und öffentliche Infrastruktur volkswirtschaftlich wesentlich sinnvoller sind als Rüstungsausgaben. Kritische Wirtschaftswissenschaftler weisen darauf hin, dass jeder in die Rüstungsindustrie investierte Euro deutlich geringere wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgewirkungen erzeugt als Investitionen in zivile Bereiche. Die Rüstungsindustrie schafft keine zusätzlichen Kita-Plätze, saniert keine Schulen, baut keine Wohnungen und sichert keine Renten. Im Gegenteil: Hochrüstung bindet und verbrennt finanzielle Ressourcen, die an anderer Stelle dringend benötigt werden. Zugleich wächst ein militärisch-industrieller Komplex, der von der Aufrüstung profitiert. Rüstungskonzerne verzeichnen Rekordgewinne, während die Allgemeinheit die Kosten trägt. Die Gewinne werden privatisiert, die Risiken und Belastungen sozialisiert. Gerade Menschen in strukturschwachen Regionen erleben diesen Zusammenhang sehr deutlich. Sie erleben, dass ihre Steuergelder zunehmend in militärische Projekte fließen, während vor Ort die Kommunen ihre Aufgaben kaum noch finanzieren können. Aber der Aufschrei bleibt bisher aus.

### **Die Rechnung zahlt die Allgemeinheit**

Besonders alarmierend ist die langfristige finanzielle Dimension. Die milliardenschweren Sondervermögen und kreditfinanzierten Rüstungsprogramme werden über Jahrzehnte Zins- und Tilgungsverpflichtungen nach sich ziehen die aus dem Bundeshaushalt abgezwickelt werden. Schon heute warnen Ökonomen vor einer erheblich steigenden Zinslast des Bundeshaushalts. Gleichzeitig werden weitere Sondervermögen für Infrastruktur und Militär vorbereitet. Die Rechnung wird am Ende die Allgemeinheit bezahlen.

Die Vorstellung, man könne unbegrenzt aufrüsten und gleichzeitig den Sozialstaat erhalten, erweist sich zunehmend als politische Illusion. „Brot und Butter“ funktioniert nicht!

### **Welche Prioritäten sollen gesetzt werden?**

Dabei geht es nicht nur um Geld. Es geht um die Frage, welche Prioritäten unsere Gesellschaft setzt. Soziale Sicherheit entsteht nicht durch Panzer, Raketen und Drohnen. Soziale Sicherheit bedeutet ausreichende Löhne, sichere Renten, eine gute Gesundheitsversorgung, bezahlbaren Wohnraum, funktionierende Schulen, verlässliche Pflege und eine leistungsfähige öffentliche Infrastruktur. Eine Gesellschaft, die ihre sozialen Grundlagen vernachlässigt, wird nicht stärker, sondern schwächer.

### **Soziale Krise fördert Entfremdung von Demokratie**

Hinzu kommt eine demokratische Dimension. Sozialabbau gefährdet nicht nur den sozialen Frieden, sondern auch das Vertrauen in demokratische Institutionen. Wenn Menschen erleben, dass ihre Lebensbedingungen schlechter werden, während gleichzeitig immer neue Milliarden für Rüstung bereitgestellt werden, wächst die politische Entfremdung. Autoritäre Kräfte profitieren von solchen Entwicklungen. In diesem Kontext ist dem Politikwissenschaftler Ingar Solty zuzustimmen, der kürzlich feststellte: „Die Rechtsverschiebung kommt nicht nur von rechts. Sie wird aus der Mitte betrieben- von Liberalen, Sozialdemokraten, Grünen, vom „linken“ Flügel des Bürgertums“. Die Verteidigung eines starken Sozialstaats ist deshalb nicht nur eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, sondern auch eine Voraussetzung für eine lebendige Demokratie.

### **Diplomatie-Kooperation-friedliche Konfliktlösung**

Natürlich braucht jedes Land die Fähigkeit, seine Bevölkerung zu schützen. Niemand fordert Wehrlosigkeit. Aber ebenso wenig darf Sicherheitspolitik zu einem Freibrief für grenzenlose Aufrüstung und Rüstungsexporte in Krisengebiete werden. Europa braucht eine Sicherheitsarchitektur, die auf Diplomatie, Kooperation, Rüstungskontrolle und friedliche Konfliktlösung setzt. Die Milliarden, die heute in immer neue Waffensysteme fließen, werden der Modernisierung unserer Schulen, Krankenhäuser, Verkehrswege und Kommunen entzogen.

### **In welcher Gesellschaft wollen wir künftig leben?**

Die Debatte über Aufrüstung ist deshalb weit mehr als eine sicherheitspolitische Frage. Sie entscheidet darüber, in welcher Gesellschaft wir künftig leben wollen. Wollen wir einen Staat, der immer größere Teile seines Reichtums in militärische Projekte investiert, während soziale Leistungen unter Druck geraten und geschliffen werden? Oder wollen wir einen Sozialstaat, der Bildung, Gesundheit, Wohnen, Pflege und soziale Sicherheit in den Mittelpunkt stellt? Für mich ist die Antwort klar: Frieden, Demokratie und sozialer Zusammenhalt entstehen nicht durch immer mehr Waffen, sondern durch soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Sicherheit und eine Politik, die den Menschen dient. Deshalb muss der Sozialstaat Vorrang vor der Hochrüstung haben. Wer Demokratie, Frieden und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken will, muss dem Sozialstaat, Abrüstung und Diplomatie den Vorrang geben.